



Stand: 15.08.2018

**Antragsteller:** Landesvorstand

**Empfänger:** Landesvertreter\*innenversammlung am 22.09.2018 in Tuttlingen  
Bundesvertreter\*innenversammlung Europa am 09.12.2018 in Berlin

---

## 1 Für ein Europa der Menschen

### 2 1. Unsere Vision – Die Vereinigten Staaten von Europa

3 Viele Errungenschaften der Europäischen Union sind heute für uns selbstverständlich - ohne  
4 Kontrolle über Grenzen zu gehen, gleiche Rechte zu haben oder in vielen Ländern kein Geld  
5 mehr wechseln zu müssen. Junge Menschen studieren selbstverständlich in anderen  
6 europäischen Ländern, die Arbeitsmärkte sind offen. Ähnlich selbstverständlich ist es, über  
7 die Bürokratie der Europäischen Union zu lachen oder sich über deren Auswüchse zu  
8 ärgern. Während die positiven Selbstverständlichkeiten für die meisten Menschen nicht  
9 mehr wegzudenken sind, versagt die Europäische Union aus Sicht vieler dabei, eine  
10 gemeinsame europäische Vision für die Zukunft zu entwickeln. In schwierigen Zeiten  
11 verzetteln sich die Nationalstaaten in zum Teil nationalistischen Alleingängen, anstatt um  
12 Lösungen auf der Ebene zu ringen, die als einzige die Instrumente hat, sich den globalen  
13 Herausforderungen zu stellen: Der Europäischen Union. Wir sind überzeugte Europäerinnen  
14 und Europäer. Wir sind uns sicher, dass nur eine starke EU, in Zeiten von Trump und einem  
15 immer stärker werdenden China, die Kraft hat, unsere sozialen Errungenschaften zu  
16 erhalten. Dafür müssen wir gemeinsam in Europa kämpfen - in einem Bündnis von Staaten,  
17 die gemeinsam für ein gerechtes und soziales Europa kämpfen.

### 18 In was für einem Europa wollen wir leben?

19 Die Beantwortung dieser Frage scheint drängender denn je. Anti-europäische Kräfte  
20 gewinnen an Zuspruch, erstmalig verlässt ein Mitglied die Staatengemeinschaft und  
21 gemeinsame europäische Werte wie Humanität und Solidarität scheinen an Strahlkraft zu  
22 verlieren. Gleichzeitig stimmen pro-europäische Impulse wie die der französischen  
23 Regierung oder der vielen pro-europäischen Bewegungen hoffnungsvoll. „Für Europa –  
24 ohne Wenn und Aber“ muss auch unser Leitmotiv lauten!

25 Die gegenwärtigen Herausforderungen für unser Europa sind vielfältig. Die Jugend-  
26 arbeitslosigkeit nimmt jungen Menschen Hoffnung und Perspektive für die Zukunft. Die  
27 Migrationspolitik besitzt das Potential unsere Gesellschaften zu spalten. Der fortschreitende  
28 Klimawandel bedroht auch unseren Kontinent und durch Umweltverschmutzung und  
29 schonungslosen Ressourcenabbau entledigen wir uns unserer eigenen Lebensgrundlagen.

30 Sich diesen Herausforderungen zu stellen und mit einer Politik der nachhaltigen Entwicklung  
31 – sowohl in ökonomischer, sozialer als auch in ökologischer Hinsicht – für ein starkes  
32 Europa zu kämpfen, muss Antrieb und Motivation für die SPD als Europapartei sein.

33 Nachhaltige Entwicklung heißt dabei, sowohl den Bedürfnissen gegenwärtiger als auch  
34 künftiger Generationen Rechnung zu tragen. Es geht um Generationengerechtigkeit und den  
35 sozialen Zusammenhalt unserer europäischen Gesellschaft. Für eine nachhaltige  
36 Entwicklung unseres Kontinents muss sich die europäische Politik an den völkerrechtlichen  
37 Verpflichtungen aus der Agenda 2030 der Vereinten Nationen und dem Pariser  
38 Klimaabkommen ausrichten. Dazu gehört auch, dass wir europaweit einheitliche  
39 Sozialstandards schaffen, den Kampf gegen Ungleichheiten aufnehmen, wir die sozialen  
40 Sicherungssysteme auch für die nächsten Generationen zukunftsfest machen sowie mit  
41 einer ambitionierten Klima- und Umweltpolitik den Raubbau an unserem Planeten stoppen.  
42 Es bedarf Investitionen in unsere Jugend und einer umsichtigen Migrationspolitik.

43 Wir wollen ein starkes Europa auch für die künftigen Generationen. Mit sozialdemokratischer  
44 Politik wollen wir unsere Gemeinschaft in eine friedliche, sozial gerechte und nachhaltige  
45 Zukunft führen.

46 Der Weg zu unserem Europa der Zukunft, zu den Vereinigten Staaten von Europa, ist lang.  
47 Nur wenn die Bürger\*innen Europas an eine gemeinsame europäische Zukunft glauben,  
48 kann der solidarische Staatenverbund gelingen.

49 Für uns ist dabei klar, dass Europa auf diesem Weg beides braucht: Solidarität und  
50 Subsidiarität. Beide Prinzipien gehören zusammen und bedingen sich gegenseitig. Der  
51 gemeinsame solidarische Zusammenhalt in Europa fußt auf der Bereitschaft, Entscheidung  
52 und Verantwortung jeweils dort zu verankern, wo sie am besten wahrgenommen werden  
53 können. Wir wehren uns aber gegen Subsidiarität als Abwehr gemeinsamer und  
54 konsistenter europäischer Politik ebenso wie, wir eine fahrlässige Trennung von Haftung und  
55 Risiko nicht durch Solidarität heilen können. In Baden-Württemberg ist die Abwehr von  
56 "mehr Europa" seitens der alten Konservativen in der CDU und der neuen Konservativen um  
57 Ministerpräsident Kretschmann durch eine reflexhafte Verwendung von  
58 Subsidiaritätsbedenken auffällig. Zusammen mit unseren Städten und Gemeinden, mit dem  
59 verfassungsmäßigen Rang unserer Bundesländer sind wir selbstbewusst in Europa  
60 unterwegs und sehen kommunale Selbstverwaltung und konstitutionell verfasste Regionen  
61 als Pfeiler eines Europas an, in dem Subsidiarität und Solidarität keine Gegensätze sind,  
62 sondern sich gegenseitig bedingen.

63 In der kommenden Wahlperiode 2019 bis 2024 werden Sozialdemokrat\*innen diejenigen  
64 Schritte zur Verwirklichung unserer Vorstellungen von unserem Europa der Zukunft in dem  
65 Rahmen gehen, den der Lissabonner Vertrag der europäischen Politik heute setzt: Für ein  
66 soziales und gerechtes Europa (1.), für ein Europa, das Schutzort vor Terror und Verfolgung  
67 ist, das das Recht auf Asyl schützt und die Binnengrenzen offen hält (2.) und für eine  
68 Friedensmacht Europa, die dem offenen und fairen Welthandel verpflichtet ist (3.). Der  
69 Lissabonner Vertrag setzt die Grenzen für eine weitere Fortentwicklung der EU in die  
70 Richtung unserer Vision. Um diese Grenzen zu überwinden und die EU für die nächste  
71 Etappe institutionell und inhaltlich fit zu machen, wollen wir ein europäisches Grundgesetz  
72 (4.).

## 73 **1. Ein soziales und gerechtes Europa**

74 Unsere Vision eines sozialen und gerechten Europas baut auf der Gleichheit aller  
75 Bürgerinnen und Bürger Europas auf. Um die bestehenden Ungleichheiten zwischen den  
76 Bürger\*innen unionsweit abzubauen, stehen in unserer Vision gleiche soziale Rechte und

77 der gleiche Zugang zu den sozialen Sicherungssystemen der Aufenthaltsstaaten für alle  
78 Unionsbürger\*innen in der gesamten EU im Mittelpunkt.

79 Seit ihrer Gründung als EWG im Jahr 1957 ist die Europäische Union mehr als nur eine  
80 Wirtschaftsgemeinschaft und ein Binnenmarkt. Sie steht für stetig steigenden Schutz für ihre  
81 Bürger\*innen im Binnenmarkt. Der Binnenmarkt verlangt nämlich gleiche Schutzstandards in  
82 allen Mitgliedstaaten und nicht das Absinken auf den jeweils niedrigsten.

83 Im Europäischen Parlament kämpfen wir Sozialdemokrat\*innen für hohe Schutzstandards in  
84 der ganzen EU und konnten dabei einige beachtliche Erfolge erzielen. Die EU führte  
85 europaweit Verbraucherrechte ein, von denen wir als Verbraucher\*innen heute bspw. beim  
86 Kauf im Internet, profitieren. Die EU hat Gesetze erlassen, die Diskriminierungen untersagen  
87 und Schutzstandards für Arbeitnehmer\*innen setzen.

88 So schreibt beispielsweise die Richtlinie über die Leiharbeit seit 2008 den Grundsatz  
89 gleichen Lohns bei gleicher Arbeit fest. Dass diese Errungenschaften nicht in allen  
90 Mitgliedschaften gleichermaßen verwirklicht sind, liegt an den großen  
91 Umsetzungsspielräumen, die die Mitgliedstaaten in die Richtlinien hineingeschrieben haben.

92 Wir sind uns bewusst, dass wir im Europäischen Parlament zur Erreichung unserer Ziele im  
93 Rahmen des derzeit geltenden Lissabonner Vertrags von der Ausübung des  
94 Initiativmonopols der Europäischen Kommission abhängen. Damit dieses Initiativmonopol  
95 verstärkt im Sinne unserer Forderungen genutzt wird, wollen wir eine stärkere  
96 Zusammenarbeit unserer Fraktion im Europäischen Parlament mit unseren  
97 Kommissar\*innen. Wir wollen zudem verstärkt von sog. gesetzgebenden Initiativberichten  
98 nach Artikel 225 AEUV Gebrauch machen, mit denen die Kommission vom Europäischen  
99 Parlament aufgefordert wird, einen Gesetzgebungsvorschlag zu erarbeiten.

## 100 **Angleichung der Sozial- und Arbeitsschutzstandards in den Mitgliedstaaten**

101 Unser Europa der Zukunft werden wir Schritt für Schritt sozialer und gerechter gestalten.  
102 Damit das gelingt, wollen wir die Möglichkeiten der einzelnen Mitgliedstaaten, von EU-  
103 Rechtsakten zu Lasten von Arbeitnehmer\*innen abzuweichen, aufheben. Davon unberührt  
104 bleibt die Möglichkeit der Mitgliedstaaten, Schutzstandards zu Gunsten von  
105 Arbeitnehmer\*innen zu heben oder zusätzlich einzuführen. Daneben werden wir neue  
106 Regelungen zur Angleichung des Sozial- und Arbeitsschutzes in den Mitgliedstaaten  
107 einführen. Ein konkretes Leuchtturmprojekt ist für uns die Festsetzung einer rechtlich  
108 verbindlichen sozialen Mindestsicherung in ganz Europa.

109 Gut formulierte Schutzstandards sind jedoch nur wenig wert, wenn ihre Durchsetzung nicht  
110 erfolgt. Für die Durchsetzung europäischen Rechts sind grundsätzlich die Mitgliedstaaten  
111 zuständig. Angesichts der Durchsetzungsdefizite in einigen Mitgliedstaaten ist es  
112 erforderlich, in Politikbereichen, die uns wichtig sind, die Durchsetzung auf die europäische  
113 Ebene zu heben.

114 Nach dem Vorbild der Wettbewerbskontrolle, die bei der Europäischen Kommission  
115 angesiedelt ist und die den innereuropäischen Wettbewerb sehr effektiv sichert, wollen wir  
116 eine EU-Arbeitsinspektion schaffen, die die Einhaltung der sozialen und arbeitsrechtlichen  
117 Mindeststandards in den Mitgliedstaaten kontrollieren und sanktionieren darf.

118 **Wandel aktiv gestalten – Die Herausforderung der Digitalisierung annehmen**

119 Neue digitale Technologien verändern unser aller Leben und unsere Gesellschaft. Weltweit  
120 vernetzen wir uns, privat und öffentlich, in der Freizeit und in der Arbeit. Wir wollen diesen  
121 digitalen Wandel in Europa aktiv und sozial gestalten, damit alle Menschen davon  
122 profitieren. Wir wollen unsere sozialen Werte in die digitale Welt übertragen. Dafür benötigen  
123 wir einen verlässlichen Rechtsrahmen, der die faire Entlohnung digitaler Arbeit sichert und  
124 gewährleistet, dass globale Internetkonzerne unsere Regeln im Verbraucher- und  
125 Datenschutz sowie im Urheberrecht einhalten.

126 Wir wollen bestehende Grenzen im digitalen Binnenmarkt abbauen, solange dadurch unsere  
127 sozialen Errungenschaften nicht in Frage gestellt werden. Wir fordern deshalb eine digitale  
128 Teilhabe und einen umfassenden Zugang zu digitalen Diensten und Märkten für Europas  
129 Bürgerinnen und Bürger und unsere Unternehmen sowie einen Abbau von  
130 regulierungsbedingten Barrieren in den Mitgliedstaaten, um damit einen fairen und sozialen  
131 Wettbewerb in europäischen Binnenmarkt herzustellen. Die hierfür notwendigen Regeln  
132 wollen wir auf europäischer Ebene für alle Mitgliedstaaten schaffen.

133 Die Nutzung von eGovernment-Lösungen soll zum Vorteil der Bürgerinnen und Bürger, der  
134 Unternehmen und der öffentlichen Verwaltung erfolgen und neue grenzübergreifende  
135 Möglichkeiten eröffnen. Sie sollen dagegen kein Einfallstor werden, um Arbeitsplätze im  
136 öffentlichen Dienst abzubauen und Serviceleistungen zu kürzen.

137 Als Industrieregion wollen wir unsere Unternehmen bei der erfolgreichen Umsetzung der  
138 Digitalisierung unterstützen. Dazu müssen Big-Data-Lösungen,  
139 Hochgeschwindigkeitsbreitbandnetze oder Cloud-Computing in vollem Umfang nutzbar  
140 gemacht werden. Wir fordern zudem eine stärkere und grenzüberschreitende  
141 Zusammenarbeit bei der Forschung und Entwicklung von Zukunftsbereichen in Europa und  
142 eine bessere Förderung von neuen Schlüsselindustrien in wichtigen Zukunftsbereichen, wie  
143 Cybersicherheit, Robotik und künstlicher Intelligenz. Wir wollen, dass neue Technologien  
144 den Menschen und unserer Umwelt dienen. Dazu müssen wir den digitalen Wandel in die  
145 richtige Richtung lenken.

146 **Finanzielle Spielräume für die Verteilungsgerechtigkeit in den Mitgliedstaaten sichern**

147 Die Verwirklichung unserer Vision eines sozialen und gerechten Europas verlangt, jenseits  
148 der Setzung von Mindeststandards, auch Verteilungsgerechtigkeit zwischen  
149 Wohlhabenderen und weniger Wohlhabenden. Die Schaffung von Verteilungsgerechtigkeit  
150 ist die zentrale Aufgabe der Mitgliedstaaten. Die EU hat weder die finanziellen Mittel noch  
151 die Kompetenzen, um spürbar umverteilen zu können. Die EU kann und muss jedoch die  
152 Voraussetzungen dafür schaffen, dass es in Europa gerecht zugeht und die Finanzkraft der  
153 Mitgliedstaaten erhalten bleibt.

154 In unserem Europa der Zukunft werden wir dem schädigenden Steuerwettbewerb der  
155 Mitgliedstaaten untereinander einen Riegel vorschieben. Hierzu muss einerseits den  
156 Möglichkeiten für Unternehmen, sich der Besteuerung in den Mitgliedstaaten zu entziehen,  
157 ein Ende bereitet werden.

158 Daher halten wir eine verpflichtende, länderbezogene Steuertransparenz von Konzernen für  
159 unabdingbar. Auch müssen die Besteuerungsgrundlagen und die Steuersätze im Bereich  
160 der Unternehmensbesteuerung angeglichen werden. Hierzu wollen wir zunächst eine  
161 gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage erreichen, die den

162 ersten Schritt auf dem Weg zu unserem Ziel einer unionsweit einheitlichen  
163 Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage ist.

164 Mit Blick auf die Steuersätze wollen wir einen einheitlichen Körperschaftsteuer-Korridor auf  
165 europäischer Ebene schaffen, der den Mitgliedstaaten oberhalb eines Mindeststeuersatzes  
166 noch Spielräume bei der Festsetzung des Steuersatzes belässt.

167 Schließlich treten wir für die Einführung der Finanztransaktionssteuer ein und akzeptieren  
168 zunächst die Beschränkung auf eine Teilgruppe von Mitgliedstaaten, aber mit dem Ziel einer  
169 unionsweiten Einführung, deren Aufkommen dem Unionshaushalt zukommt.

## 170 **Für eine soziale Währungsunion**

171 Ein soziales und gerechtes Europa verlangt eine Währungsunion, die dem sozialen,  
172 wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalt verpflichtet ist. Dort, wo die europäische  
173 Rechtsetzung den Mitgliedstaaten die Möglichkeit nimmt, ihre Wettbewerbsfähigkeit in  
174 Wirtschaftskrisen mit geldpolitischen Maßnahmen wie der Abwertung der eigenen Währung  
175 (und den damit einhergehenden massiven sozialen Verwerfungen) oder mit fiskalpolitischen  
176 Maßnahmen aufgrund des Verbots einer jährlichen Nettoneuverschuldung von mehr als  
177 0,5% des jeweiligen BIP (wie es der Fiskalpakt vorschreibt) wiederherzustellen, muss die  
178 europäische Ebene Maßnahmen zur Verfügung stellen, die es diesen Mitgliedstaaten  
179 ermöglichen, ein Absinken in die wirtschaftliche Depression zu verhindern. Austerität, bei der  
180 eine internationale Organisation außerhalb des EU-Rechts, wie der Europäische  
181 Stabilitätsmechanismus (ESM), Kredite vergibt gegen die Bedingung, einseitig Ausgaben in  
182 nicht hinnehmbarer Art und Weise zu kürzen und Politikreformen in dem Empfängerstaat  
183 durchzusetzen, ist dabei der falsche Weg.

184 Wir wollen daher einen Haushalt für die Eurozone schaffen, der als Unterteil des EU-  
185 Haushalts, Maßnahmen finanziert, die eingreifen, wenn ein Mitgliedstaat der Eurozone von  
186 einer Wirtschaftskrise getroffen ist. Als Teil des Unionshaushalts unterliegt der Eurozonen-  
187 Haushalt der Kontrolle des Europäischen Parlaments. Der Euro ist die Währung der  
188 gesamten EU. Wir erteilen deshalb Versuchen, eine Spaltung der EU-Institutionen durch  
189 Schaffung neuer Institutionen, in denen nur noch die Euro-Mitgliedstaaten vertreten sind,  
190 eine deutliche Absage. Der EU-Haushalt selbst soll in der kommenden  
191 Finanzierungsperiode auf 1,3% des BIP in der EU anwachsen. Mittelfristig wollen wir ein  
192 weiteres Anwachsen des Unionshaushalts in dem Maße erreichen, dass die  
193 Handlungsfähigkeit der EU gewährleistet ist. Der Eurozonen-Haushalt soll unter anderem  
194 ein zentrales Leuchtturmprojekt auf dem Weg zu einer gleichen sozialen Absicherung aller  
195 Unionsbürger\*innen finanzieren: Die EU-Arbeitslosenversicherung.

196 Die EU-Arbeitslosenversicherung greift als Rückversicherung der nationalen  
197 Arbeitslosenversicherungen unterstützend ein, wenn in einem Mitgliedstaat die  
198 Arbeitslosigkeit signifikant ansteigt. Konkret bedeutet dies: Die EU-Arbeitslosenversicherung  
199 übernimmt, nachdem in einem Mitgliedstaat die Arbeitslosigkeit in einem Quartal im  
200 Verhältnis zum Durchschnittswert der vergangenen zehn Jahre signifikant höher steigt,  
201 automatisch die durch die Arbeitslosigkeit verursachten Kosten einer Person in Form eines  
202 Zuschusses an die nationale Arbeitslosenversicherung.

203 Die Höhe des Zuschusses wird von der EU-Arbeitslosenversicherung selbst in Form eines  
204 eigenen Referenzwert im Verhältnis zum vorherigen Bruttomonatseinkommen und einer  
205 Höchstbezugsdauer festgelegt. Die hieraus entstehenden Kosten für die EU-

206 Arbeitslosenversicherung sollen im Krisenfall 0,2% des BIP der Eurozone nicht übersteigen.  
207 Zu ihrer Finanzierung kommen steuerfinanzierte Möglichkeiten sowie die Möglichkeit, an den  
208 Kapitalmärkten Kapital aufzunehmen, in Frage. Das Arbeitslosengeld, das die betroffenen  
209 arbeitsuchenden Personen erhalten, wird weiterhin von den nationalen  
210 Arbeitslosenversicherungen in Höhe und Bezugsdauer festgelegt und ausgezahlt. Diese  
211 bleiben damit frei darin, höhere Werte als die EU-Arbeitslosenversicherung anzusetzen. Die  
212 hieraus entstehenden zusätzlichen Kosten werden dann auch im Krisenfall weiterhin aus  
213 den Mitteln der nationalen Arbeitslosenversicherung getragen. Perspektivisch kann diese  
214 Rückversicherung in eine EU-Arbeitslosenversicherung ausgebaut werden, die - neben den  
215 nationalen Arbeitslosenversicherungen - Versicherungsleistungen an arbeitsuchende  
216 Unionsbürger\*innen direkt auszahlt. Neben einer EU-Arbeitslosenversicherung soll der  
217 Eurozonen-Haushalt öffentliche Investitionen in Krisenstaaten finanzieren, die andernfalls  
218 nicht getätigt oder aufrechterhalten werden würden.

219 Neben dem Eurozonen-Haushalt bleibt die Kreditvergabe an notleidende Mitgliedstaaten der  
220 Eurozone weiterhin notwendig. Der ESM soll hierfür als ein Europäischer Währungsfonds  
221 (EWF) in das EU-Recht überführt und der Kontrolle des Europäischen Parlaments unterstellt  
222 werden. Das Europäische Parlament muss das politische Verhandlungsmandat des EWF  
223 mit der Regierung eines notleidenden Mitgliedstaats beschließen und ein Vetorecht für die  
224 Vergabe von Krediten erhalten. Soziale Kriterien werden dabei verpflichtend als  
225 Politikbedingungen festgeschrieben, die der EWF bei der Ausreichung von Krisenkrediten  
226 berücksichtigen muss.

227 Auf der Grundlage, dass Krisenvorbeugung besser und kostengünstiger ist als  
228 Krisenheilung, muss es für Mitgliedstaaten möglich sein, beim EWF finanzielle  
229 Unterstützung zu beantragen und unter weniger einschneidenden Politikbedingungen zu  
230 erhalten, um eine sich andeutende Krise im Vorhinein abzuwenden.

231 Zur weiterhin erforderlichen Lösung der massiven Überschuldung einzelner Euro-  
232 Mitgliedstaaten brauchen wir eine echte Entschuldungsmöglichkeit für diese Mitgliedstaaten.  
233 Wir setzen uns daher für einen Schuldentilgungsfonds ein, in den die überschuldeten  
234 Staaten einen Anteil ihrer Schulden auslagern können. Die hieran teilnehmenden  
235 Mitgliedstaaten verpflichten sich, über einen festgelegten Zeitraum ihre ausgelagerten  
236 Schulden abzutragen.

### 237 **Europäische Perspektiven für junge Menschen schaffen**

238 Ein soziales und gerechtes Europa muss Chancen und Perspektiven für junge Menschen  
239 schaffen. Ein konkretes Leuchtturmprojekt ist für uns die Schaffung eines einklagbaren  
240 Rechts auf Qualifizierung und Weiterbildung in allen Mitgliedstaaten. Zu dessen praktischer  
241 Umsetzung stehen die Mittel der europäischen Jugendgarantie aus dem Europäischen  
242 Sozialfonds zur Verfügung. Darüber hinaus wollen wir einen EU-Fonds für Ausbildungs- und  
243 Arbeitsmigration schaffen. Dieser finanziert die Kosten der Freizügigkeit für Ausbildung und  
244 Arbeitsuche von qualifikation- und arbeitsuchenden Unionsbürger\*innen.

245 Voraussetzung für den Zugang zu diesem Fonds ist der Abschluss eines europäischen  
246 Ausbildungs- oder Arbeitsvertrags. Unionsbürger\*innen, die ein derartiges Arbeits- oder  
247 Ausbildungsverhältnis eingegangen sind, müssen im Fall einer hierauf folgenden  
248 Arbeitslosigkeit nicht Mittel der mitgliedstaatlichen sozialen Sicherung in Anspruch nehmen  
249 und verlieren dementsprechend auch nicht ihr Aufenthaltsrecht in diesen Staaten.

250 Wir wollen den Austausch zwischen jungen Menschen in der EU stärken. Gemeinsam  
251 schaffen sie die europäische Zivilgesellschaft von morgen. Die unter Erasmus+  
252 zusammengefassten Programme – das Studierendenaustauschprogramm Erasmus, das  
253 Master- und Doktorandenprogramm Erasmus Mundus, Erasmus für  
254 Jungunternehmer\*innen, ErasmusPro für Auszubildende, Comenius für Schulbildung,  
255 Leonardo da Vinci für Berufsbildung und Grundtvig für Erwachsenenbildung – wollen wir  
256 weiter ausbauen, um noch mehr junge Menschen zusammenzubringen.

## 257 **Rechtsstaatlichkeit sichern – für ein Europa der Werte**

258 Europa ist eine Wertegemeinschaft und keine Interessengemeinschaft. Unsere Werte sind  
259 die Menschenrechte, die Demokratie, der Sozialstaat und der Rechtsstaat. Wir sehen mit  
260 größter Beunruhigung, wie diese Werte von einer leider wachsenden Zahl an Regierungen  
261 in den Mitgliedstaaten missachtet werden. Die EU darf dieser Missachtung ihrer Werte nicht  
262 handlungsunfähig gegenüber stehen, auch wenn wir wissen, dass der Lissabonner Vertrag  
263 der EU nur wenig Handlungsmöglichkeiten an die Hand gibt. Wir wollen ein zentrales  
264 Monitoring der Einhaltung der Werte der EU durch die Europäische Kommission schaffen.  
265 Auf Grundlage dieser Monitoringwerte sollen Fördermittel aus den EU-Fonds für  
266 Mitgliedstaaten gekürzt, komplett eingefroren und Rückzahlungen nicht abgerufener Mittel  
267 verweigert werden, wenn die Grundwerte nicht eingehalten werden.

## 268 **2. Europa als Schutzort vor Terror und Verfolgung**

269 Unser Europa der Zukunft ist ein Schutzort gegen Terror und Verfolgung. Wir bekennen uns  
270 zum Recht auf Asyl als Individualrecht und zu unseren offenen Binnengrenzen. Wir achten  
271 internationale Flüchtlings- sowie Menschenrechtskonventionen, ebenso wie die UN-  
272 Kinderrechtskonvention und die Gewährleistung der Familienzusammenführung.

273 Der Umgang mit Geflüchteten, die Zuständigkeit für Asylanträge (das sog. Dublin-System)  
274 und der Schutz unserer Außengrenzen gehören bereits seit geraumer Zeit zu den größten  
275 Konfliktthemen innerhalb der EU. Unsere Vision ist ein Gemeinsames Europäisches  
276 Asylsystem, das bestehende Konflikte befriedet, Humanitätskrisen solidarisch bewältigt und  
277 sowohl für Geflüchtete als auch die Bürgerinnen und Bürger Europas klar und verständlich  
278 ist.

279 Der Schutz der Außengrenzen der Europäischen Union ist die Voraussetzung für offene  
280 Binnengrenzen und Gewährleistung von Sicherheit innerhalb der Europäischen Union.  
281 Ebenso wie unser Engagement an den Außengrenzen die Bürgerinnen und Bürger Europas  
282 vor Gefahren schützen muss, müssen diese durchlässig sein für Menschen, die  
283 Perspektiven oder Schutz suchen.

284 Hierfür gibt es, in unserem Europa der Zukunft, zwei transparente und verlässliche Wege in  
285 die Europäische Union: Das Recht auf Asyl für Schutzbedürftige und die Zuwanderung von  
286 Drittstaatsangehörigen über ein europäisches Einwanderungsgesetz. Ziel des europäischen  
287 Einwanderungsgesetzes ist es, dass Menschen aus allen Bevölkerungsschichten die reale  
288 Möglichkeit haben, legal nach Europa einzuwandern. Daher soll es zwar im Schwerpunkt die  
289 Zuwanderung von Personen ermöglichen, die über wichtige berufliche Qualifikationen  
290 verfügen, für die es in der EU eine Nachfrage gibt. Darüber hinaus müssen jedoch auch  
291 Menschen, die gering oder (noch) nicht qualifiziert sind, die Chance erhalten, in die EU legal  
292 einzuwandern, ohne auf das Asylrecht verwiesen zu werden. Hierzu orientieren wir uns an

293 einem Punktesystem für den Zugang zur Europäischen Union. Das europäische  
294 Einwanderungsgesetz muss klare und vereinfachte Verfahren zur Anerkennung von  
295 beruflichen und akademischen Qualifikationen aus Drittstaaten enthalten, so dass es  
296 Menschen, die zu uns kommen, schneller möglich wird, in ihrem Beruf Arbeit zu finden und  
297 auf eigenen Beinen zu stehen.

298 Das Recht auf Asyl verpflichtet uns, legale und sichere Wege für schutzsuchende Menschen  
299 zu schaffen. Tausende Menschen sterben jährlich auf der Flucht nach Europa im Mittelmeer.  
300 Niemand sollte sich in Lebensgefahr bringen müssen, um einen Antrag auf Asyl stellen zu  
301 können. Deshalb fordern wir einerseits ein EU-Seenotrettungsprogramm und werden  
302 andererseits sichere Orte schaffen, die die Beantragung eines humanitären Visums  
303 ermöglichen. Botschaften der EU-Mitgliedstaaten bieten dafür bereits heute die passenden  
304 Voraussetzungen.

305 Ein humanitäres Visum erlaubt es dem/der Inhaber\*in legal, und sicher in einen  
306 europäischen Mitgliedstaat einzureisen und dort einen Asylantrag zu stellen. Die rechtlichen  
307 Voraussetzungen für humanitäre Visa liegen bereits jetzt vor, werden von den  
308 Mitgliedstaaten allerdings selten genutzt. Sie sind jedoch ein wichtiges Leuchtturmprojekt für  
309 ein humanes europäisches Asylsystem und im Kampf gegen das menschenverachtende  
310 Schlepperunwesen.

311 Unser langfristiges Ziel ist es, ein gemeinsames Europäisches Asylsystem zu schaffen,  
312 verknüpft mit einer solidarischen und gerechten Verteilung von Geflüchteten. Voraussetzung  
313 hierfür ist die Schaffung einer echten europäischen Asylagentur. Diese bescheidet die  
314 Asylgesuche innerhalb Europas und setzt Vorgaben für einen menschenwürdigen Umgang  
315 mit Geflüchteten, wie bei einheitlichen Standards für Unterbringung und Leistungen für  
316 Asylbewerber\*innen.

317 Wichtige Leuchtturmprojekte zur Bewältigung der Humanitätskrise innerhalb Europas sind  
318 demnach, das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) zu einer  
319 europäischen Asylagentur auszubauen, einheitliche Verfahren und Bedingungen für  
320 Anerkennung, Aufnahme und Rückführung zu schaffen, sichere Wege in die Europäische  
321 Union für Geflüchtete zu garantieren, einheitliche Standards zur Unterbringung und Leistung  
322 für Asylbewerber\*innen zu vereinbaren und eine solidarische und gerechte Verteilung der  
323 Verantwortung für Geflüchtete auf die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union.

324 Um bei der Verteilung von Geflüchteten den konfliktbedingten Stillstand aufzulösen, wollen  
325 wir für die Kommunen die Voraussetzung schaffen bei der Aufnahme von  
326 Asylbewerber\*innen voranzugehen. In unserem Europa der Zukunft wird die Übernahme von  
327 Verantwortung durch Investitionen in den Zusammenhalt der Gemeinschaft belohnt.

328 Im konkreten Fall werden wir einen kommunalen Integrations- und Entwicklungsfonds  
329 einführen, der die Lebenssituation aller Gemeindemitglieder, zum Beispiel durch  
330 Verbesserungen der kommunalen Daseinsvorsorge und der Infrastruktur, verbessert.

331 Auch wenn wir die mangelnde Verantwortungsübernahme einiger Mitgliedstaaten der  
332 Europäischen Union bei der Aufnahme von Geflüchteten verurteilen, lehnen wir  
333 Sanktionsmechanismen zum aktuellen Zeitpunkt ab. Grundsätzlich gilt, dass diejenigen, die  
334 Solidarität üben, im EU-Haushalt begünstigt werden, und dass Solidaritätsverweigerung  
335 immer Haushaltseinschränkungen für die Verweigerer nach sich zieht. Wir setzen auf eine  
336 Befriedung der Situation und auf das Vorgehen der Kommunen Europas. Dies ist uns vor  
337 allem deshalb wichtig, weil erst eine EU, die solidarisch und arbeitsteilig Humanitätskrisen

338 bewältigt, die Kraft finden wird ihren Schwerpunkt auf die Bekämpfung von Fluchtursachen,  
339 internationalen sozialen Fortschritt und für Frieden in der Welt zu legen.

### 340 **Für ein Europa der inneren Sicherheit über die Grenzen der Europäischen Union hinaus**

341 Wir Sozialdemokrat\*innen sind von der Verantwortung der Europäischen Union in der Welt  
342 überzeugt und wollen Europa als sicheren Staatenverbund auf der Grundlage des  
343 Schengener Abkommens weiter voran bringen. Hierzu bedarf es der Stärkung von  
344 EUROPOL im so genannten „operativen Bereich“, der verstärkten Vernetzung der  
345 staatlichen Polizeien der Mitgliedsstaaten und Anrainer, der Förderung der Europäischen  
346 Aus- und Fortbildung im Rahmen von CEPOL (Agentur der EU für Aus- und Fortbildung auf  
347 dem Gebiet der Strafverfolgung) auf allen Ebenen der Kriminalität und Prävention.

348 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fordern die gesicherte Identitätsfeststellung  
349 des Einreisenden. Sie ist eine wichtige Voraussetzung für die Sicherheit in Europa.

### 350 **3. Ein Europa des Friedens und der verbindenden Werte**

351 Unser Europa der Zukunft ist eine aktive Friedensmacht, achtet und fördert die  
352 Menschenrechte, stärkt internationale Institutionen und ist dem offenen und fairen Handel  
353 verpflichtet. Die Voraussetzung hierfür ist eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik,  
354 die es erst ermöglicht, eine werteschaaffende, progressive und friedenspolitische Rolle in der  
355 Welt zu übernehmen.

356 Wir stehen zum Völkerrecht und zu den Vereinten Nationen als einzigartige universale  
357 Organisation, die es ermöglicht, die Beziehungen der Staaten untereinander zu verbessern.  
358 Deshalb wollen wir die Vereinten Nationen finanziell, personell und in ihrer  
359 Organisationsstruktur stärken und verbessern. Dies gilt insbesondere im Umgang mit  
360 internationalen Konflikten im UN-Sicherheitsrat. Die Vereinten Nationen können ihre  
361 ordnungs- und friedenspolitische Macht nur entfalten, wenn das Veto-Recht bei  
362 Völkermorden, massenhaften Verbrechen und Grausamkeiten gegen die Menschlichkeit  
363 eingeschränkt wird. Hierfür wollen wir uns als Europäische Union gemeinsam einsetzen.  
364 Damit die EU in diesem wichtigen Gremium in ihrer Gesamtheit vertreten ist, ist ein  
365 ständiger Sitz für die EU im UN-Sicherheitsrat ein wichtiges Leuchtturmprojekt.

366 Neue Konfliktlagen und sicherheitspolitische Herausforderungen brauchen eine europäische  
367 Antwort. Wir wollen deshalb die Europäische Sicherheitspolitik weiterentwickeln und die  
368 notwendigen Voraussetzungen für ein gemeinsames Vorgehen schaffen.

369 Hierzu gehört auch der Aufbau einer Europäischen Armee, die jedoch als Parlamentsarmee  
370 dem Europäischen Parlament unterstellt ist. Militärische Interventionen sind für uns das  
371 absolut allerletzte Mittel.

372 In unserem Europa der Zukunft kommt der gewaltfreien Konfliktbearbeitung in Konflikt- und  
373 Krisenländern ein großer Stellenwert zu. Unser Ziel ist ein Europäischer Ziviler  
374 Friedensdienst als Programm für Gewaltprävention und Friedensförderung in Krisen- und  
375 Konfliktregionen.

376 Wir verschließen die Augen nicht bezüglich unseres Anteils an Krisen und Konflikten in der  
377 Welt. Um unserer friedensschaffenden Verantwortung gerecht zu werden, werden in

378 unserem Europa der Zukunft Rüstungsexporte nur in Staaten genehmigt, die unsere Werte  
379 teilen.

380 Unsere Agrar- und Handelspolitik nimmt eine zentrale Rolle in unserer koordinierten  
381 europäischen Außenpolitik ein. Sie müssen auf klaren Werten beruhen und fortschrittliche  
382 Standards schaffen, für Rechtsstaatlichkeit, für Arbeitnehmer\*innen, die Umwelt und für  
383 Verbraucher\*innen. Unsere Vision ist ein internationales Handelsregime, das diesen Werten  
384 unterworfen ist.

385 Ein wichtiges Leuchtturmprojekt auf dem Weg dorthin und weitreichendes politisches Signal  
386 wäre die Überprüfung bisheriger Handelsabkommen, insbesondere mit Afrika und eine  
387 entsprechende Neuausrichtung künftiger Verhandlungsmandate für Handelsabkommen und  
388 der europäischen Agrarpolitik und -subventionierung.

389 Das Europa der Zukunft steht zu seinen Verpflichtungen in der  
390 Entwicklungszusammenarbeit und für seine Verantwortung in Afrika. Wir pochen darauf,  
391 dass mindestens 0,7% des europäischen Bruttonationaleinkommens in die  
392 Entwicklungszusammenarbeit fließen muss. Aktuell liegt der Anteil bei 0,43%. Außerdem  
393 brauchen wir eine Koordinierung und bessere Zusammenarbeit der  
394 Entwicklungszusammenarbeit der Mitgliedstaaten Das vorrangige Ziel der EU-  
395 Entwicklungspolitik bleibt die nachhaltige Beseitigung von Armut und orientiert sich an den  
396 Millenniumszielen der Vereinten Nationen. Wir setzen auf Selbstbestimmung der  
397 benachteiligten Menschen in Entwicklungsländern im Entwicklungsprozess und auf  
398 Entwicklung durch Zusammenarbeit. Unsere Beziehungen in der  
399 Entwicklungszusammenarbeit sollen nicht auf Mobilitätspartnerschaften mit Herkunfts- und  
400 Transitländern von Geflüchteten reduziert sein. Stattdessen wollen wir die  
401 Entwicklungspotentiale dieser Länder in Betracht nehmen und konkret fördern.

#### 402 **4. Fit für die nächste Etappe: Ein Grundgesetz für Europa**

403 Das "Betriebssystem" der Europäischen Union ist überaltert. Die Politikkrisen des  
404 vergangenen Jahrzehnts in Gestalt der Finanzkrise, der Schuldenkrise, der Migrationskrise  
405 und der Brexit-Krise haben die Herausforderungen deutlich werden lassen, vor denen wir  
406 heute stehen. Wir müssen die EU handlungsfähiger machen, um den Herausforderungen  
407 der heutigen Zeit besser gerecht werden zu können. Wir müssen der EU die demokratische  
408 Legitimation verleihen, die sie benötigt, um entschieden handeln zu können.

409 Dort, wo die Menschen ein gemeinsames europäisches Handeln erwarten, kann die EU  
410 vielfach nicht liefern. Ihr fehlen entweder die Kompetenzen oder ihre Beschlussverfahren  
411 versagen. Dort, wo die EU im weitesten Sinne handeln kann, empfinden die Menschen  
412 vielfach ein Legitimationsdefizit. Wir brauchen deswegen einen neuen Vertrag für Europa,  
413 der den Lissabonner Vertrag ablöst und die Handlungsfähigkeit der EU verbessert.

414 Wir wollen hierzu in der kommenden Wahlperiode einen Konvent einberufen, der ein  
415 Grundgesetz für Europa entwirft. Diesen Entwurf wollen wir anschließend mittels einer  
416 unionsweiten Volksabstimmung den Unionsbürger\*innen zur Abstimmung stellen.

#### 417 **Für eine größere Handlungsfähigkeit der EU**

418 Wir wollen die Handlungsfähigkeit der EU in den Politikfeldern erhöhen, in denen die  
419 Bürger\*innen ein gemeinsames politisches Handeln auf europäischer Ebene erwarten.

420 Hierzu soll die EU eine Kompetenz erhalten, eigene Steuern erheben zu können, um auf der  
421 Einnahmenseite vom Gutdünken der Mitgliedstaaten unabhängig zu werden. In der  
422 Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik sollen die Maßnahmen, die die EU erlassen kann, mit  
423 rechtlicher Bindungswirkung ausgestattet werden, um so die Durchsetzung dieser  
424 Maßnahme durch die europäischen Gerichte zu ermöglichen. Wir wollen europaweit  
425 Mindestlöhne setzen, ohne damit in die Tarifautonomie in den Mitgliedstaaten einzugreifen.  
426 Der EU soll die hierfür bislang nicht vorhandene ausdrückliche Rechtsetzungskompetenz  
427 erhalten.

428 Schließlich wollen wir das Durchsetzungsdefizit europäischen Rechts angehen, indem wir  
429 die Voraussetzungen, nach denen die EU selbst ihr Recht in den Mitgliedstaaten  
430 durchsetzen kann, vereinfachen. Dabei müssen die mit der Durchsetzung beauftragten EU-  
431 Einrichtungen vollumfänglich gegenüber dem Europäischen Parlament verantwortlich sein.

432 In unserem Europa der Zukunft hat das Europäische Parlament ein Gesetzesinitiativrecht  
433 und ist nicht mehr davon abhängig, dass die Europäische Kommission mit einem Entwurf ein  
434 Gesetzgebungsverfahren einleitet. Sämtliche Gesetzgebungsverfahren, in denen heute noch  
435 eine Einstimmigkeit im Rat verlangt wird, wollen wir auf eine qualifizierte Mehrheit umstellen.

436 Die Einhaltung unserer europäischen Werte steht im Zentrum all unseres Handelns. Eine  
437 schwerwiegende Verletzung der Werte der Europäischen Union (Artikel 7 EUV) soll künftig  
438 mit einer Vier-Fünftel-Mehrheit im Europäischen Rat auch auf Vorschlag des Europäischen  
439 Parlaments festgestellt werden können. Auf Grundlage dieser Feststellung soll der Rat auf  
440 Vorschlag der Kommission oder des Europäischen Parlaments mit qualifizierter Mehrheit  
441 bestimmte Rechte von Mitgliedstaaten, die diese Werte verletzen, einschließlich des  
442 Stimmrechts, mit aussetzen können.

#### 443 **Für eine demokratische EU**

444 Das Europäische Parlament ist der Ort, in dem das Legitimationsdefizit der EU aufgehoben  
445 wird. Alle Unionsbürger\*innen müssen im Europäischen Parlament gleichmäßig  
446 repräsentiert werden. Hierzu müssen wir uns davon verabschieden, dass die  
447 Europaabgeordneten sich aus mitgliedstaatlichen Kontingenten rekrutieren. In unserem  
448 Europa der Zukunft sind die Abgeordneten die Repräsentant\*innen aller Unionsbürger\*innen  
449 und zwar unabhängig von sowohl der Herkunft der Unionsbürger\*innen als auch der  
450 Abgeordneten. Dies wollen wir erreichen durch die Schaffung transnationaler Listen der  
451 europäischen Parteien. Die europäischen politischen Parteien sind künftig gefordert, die  
452 regionale Repräsentanz in ihren Listenvorschlägen sicherzustellen.

453 Darüber hinaus soll die EU in Wahlkreise aufgeteilt werden, die auch grenzüberschreitend  
454 sein können. Ein Europäisches Parlament, das dem Prinzip der Wahlgleichheit entspricht,  
455 verfügt über eine ausreichende Legitimation, um EU-Eigensteuern zu erheben und deren  
456 Verwendung im Unionshaushalt zu bestimmen und zu kontrollieren.

457 Wir wollen ein vollständiges Haushaltsrecht für das Europäische Parlament, bei dem auch  
458 die Festlegung des mehrjährigen Finanzrahmens dem ordentlichen  
459 Gesetzgebungsverfahren unterstellt wird.

460 Der Rat soll als Organ der Vertreter\*innen der Mitgliedstaaten die zweite Kammer des  
461 Europäischen Parlaments werden.

462 Die Europäische Kommission ist in unserem Europa der Zukunft eine echte europäische  
463 Regierung. Wir wollen, dass die Person des/der Kommissionspräsident\*in vom

464 Europäischen Parlament vorgeschlagen und gewählt wird. Wir begrüßen das heutige  
465 "Spitzenkandidaten\*innen"-Verfahren, in dem die europäischen Parteifamilien eine/n  
466 Spitzenkandidat\*in für das Amt des/der Kommissionspräsident\*in aufstellen als einen ersten  
467 Schritt in diese Richtung und wollen auch für die Europawahl 2019 daran festhalten.

468 Die Kommission ist auf eine aufgabengerechte Größe zu reduzieren und die Ressorts sollen  
469 nach den politischen Funktionen und nicht nach dem Repräsentationsprinzip  
470 zusammengesetzt sein. In einem späteren, in der Zukunft liegenden nächsten Schritt soll die  
471 Anzahl an Kommissar\*innen nicht mehr im Vorhinein festgelegt sein. Der/Die  
472 Kommissionspräsident\*in legt dann die Anzahl an Kommissar\*innen immer mit Bezug auf  
473 das konkret abzudeckende Politikfeld fest. Bei der Reform der Kommission wollen wir das  
474 Prinzip der Kollektivverantwortung der Kommission abschaffen, so dass das Europäische  
475 Parlament auch ein Misstrauensvotum gegen einzelne Kommissar\*innen aussprechen kann.  
476 Dies gilt insbesondere bei der Einführung eines/r europäischen Finanzministers\*in.

477 Unser Europa der Zukunft steht für eine vollständige Transparenz in den  
478 Gesetzgebungsverfahren. So richtig es ist, dass Rat, Europäisches Parlament und  
479 Kommission über das richtige Politikergebnis in einem Rechtsakt ringen, so bedeutsam ist  
480 es, dass die Bürger\*innen nachvollziehen können, welche Institution in dieser Diskussion  
481 welche Positionen eingenommen hat.

482 Wir wollen deshalb, die sog. "Trilogie", bei denen bislang der Rat, das Europäische  
483 Parlament und die Kommission hinter verschlossenen Türen Gesetze vor der ersten Lesung  
484 verhandelt haben, transparent machen. Dazu gehört die verpflichtende Veröffentlichung der  
485 Verhandlungsdokumente, in denen die Positionen der einzelnen Institutionen dargelegt sind,  
486 nach Abschluss der Trilogsverhandlungen.

487 Bei allen Diskussionen, die wir über die Zukunft Europas führen, dürfen wir eines nie  
488 vergessen: Die Europäische Union ist ein Glücksfall der Geschichte. Wir haben nicht nur  
489 Frieden geschaffen auf unserem kleinen Teil des europäischen Kontinents. Wir haben auch  
490 die Grundlagen für eine europäische Identität gelegt, die wir alle teilen. Wir haben diese  
491 gemeinsame europäische Identität. Sie beruht auf unseren gemeinsamen Werten: auf der  
492 Freiheit, der Rechtsstaatlichkeit, der Solidarität und der Gerechtigkeit. Diese Werteordnung  
493 weiter zu entwickeln ist unsere vornehmste Aufgabe.